



Nr. 1/2012

Antifaschistische Bochumer Blätter

Information der VVN - Bund der AntifaschistInnen

Antifaschistische Kundgebung in Bochum-Werne:

Kranzniederlegung am Mahnmal der Kämpfer gegen den Kapp- Putsch und Faschismus

Auch in diesem Jahr ruft die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen auf, der Kämpfer gegen den rechtsextremistischen Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920 und der antifaschistischen Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg mit einer Kranzniederlegung zu gedenken.

Das Werner Denkmal ist ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes. Die Inschrift des großen Steines lautet: „Das Leben nimmt ihr uns. Aber nicht den Geist, Freiheitskämpfer 1920. Sei Rebell. Auf zur Tat“. Auf zwei kleinen Gedenksteinen, 1946/47 aufgestellt, wird erinnert. Rechter Stein: Im Kampf gegen Reaktion starben: Paul Garde, G. Tomaschewski; W. Grafenhain, A. Pawlowski. Linker Stein: Im Kampf gegen Faschismus starben: Johann Stangel, Bruno Preus, M. Jendrewski, Heinz Ziessmer.

Ihr Mut, Einsatz und Idealismus sollte für uns heute Verpflichtung sein, den Neonazis den Weg zu versperren und in ihrem Sinn für Frieden, Freiheit, Solidarität und sozialen Fortschritt einzutreten.

**Treffpunkt ist am
Sonntag, 25. März, um 11.00
Uhr auf dem Marktplatz in
Bochum-Werne.**

Die Gedenkrede auf dem Werner Friedhof hält Norbert Arndt, Gewerkschaftssekretär ver.di Bochum-Herne.



Rund 1.250 Menschen, darunter Opel-ArbeiterInnen, viele Schülerinnen und Schüler, Autonome, SozialdemokratInnen, KommunistInnen, Mitglieder der VVN - Bund der AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, beteiligen sich am Samstag, den 29. Oktober 2011 an einer Demonstration gegen den wachsenden Neonazismus in dem traditionsreichen Stadtteil Langendreer.

Weg mit den Berufsverboten! Protest vor 40 Jahren

Die Schaffung eines großen Überwachungsapparates und die Berufsverbotspraxis durch den sog. Radikalen-Erlaß der Landes-Innenminister der Bundesrepublik zählt sich in diesen Wochen zum 40. Mal. Wie überall im Land wurde auch in Bochum eine Initiative gegen die Berufsverbote gegründet.

Beteiligt waren u. a. Jusos, Jungdemokraten, SDAJ, DFG/VK, DKP, Gewerkschafter, verschiedene ASten, Bezirksvorstand der SMV und die Naturfreundejugend. In einem gemeinsamen Aufruf forderten sie „Weg mit dem Berufsverbote-Erlaß!“ und riefen zur Teilnahme an der zentralen Ruhrgebietsdemonstration am 14. April 1973 in Dortmund auf. Mehrere Hundert Bochumer Menschen, darunter auch Betroffene, fuhren mit gecharterten Bussen und der Bahn in die Nachbarstadt, um zusammen mit über 10.000 „Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb“ zu fordern.

In den folgenden Jahren entwickelte sich eine der größten Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Die Berufsverbote wurden auch in internationalen Gremien (z.B. der Internationalen Arbeitsorganisation, einem Gremium der UNO und dem Russell-Tribunal als Verletzung von Menschenrechten gewertet.

(-sing)

Lesen sie zum Thema auch S. 3 und 4

In unserer nächsten öffentlichen Veranstaltung am

Freitag, den 20. April 2012,
um 19.30 Uhr im Bhf. Langendreer, Raum 6 werden Bochumer Berufsverbotsopfer erzählen und diskutieren, wie das damals bei ihnen gelaufen ist.

Politiker mit brauner Weste (Teil 2, zur CDU)

Verdrängte Vergangenheit in Politikerbiografien

Bis heute verdrängt wird die braune Vergangenheit von vielen Politikern, die auf allen Ebenen der Politik in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik aktiv waren. Viele, die bis 1945 Mitglieder der NSDAP, SS, SA oder anderer NS-Organisationen waren, gehörten zu den prägenden Gestalten der westdeutschen Nachkriegszeit.

Zu diesem Zeitabschnitt der Geschichte unseres Landes lieferte die VVN in ihrer letzten Ausgabe der Bochumer Antifaschistischen Blätter (siehe auch: www.vvn-bda-bochum.de) politische Hintergründe und Informationen und Lebensläufe aus der FDP.¹ Belastete CDU-Politiker gab es auch in Bochum. Hierzu drei Beispiele:

Dufhues, Hermann (1908-1971)

Der in Castrop-Rauxel geborene Hermann Dufhues wurde nach dem Studium 1935 Rechtsanwalt, 1945/46 Richter am Bochumer Landgericht, danach arbeitete er als Rechtsanwalt und Notar in Bochum. Er war Mitbegründer der Jungen Union und der CDU in Westfalen. Von 1959 bis 1970 war Dufhues Landesvorsitzender der CDU Westfalen. Er war von 1958 bis 1962 Innenminister in NRW, 1966 Präsident des Landtages und von 1955 bis 1971 Vorsitzender des Verwaltungsrates des WDR. Als Geschäftsführender Vorsitzender der CDU Deutschlands 1962-1966 blieb er im Schatten von Konrad Adenauer. Dufhues setzte sich vehement für eine Generalamnestie für NS-Kriegsverbrecher ein.

In der offiziellen Biografie des Landtagspräsidenten Dufhues wird vermerkt „von 1935 bis 1945 Rechtsanwalt“. Verschwiegen wird aber, dass Dufhues seit dem 1. November 1933 Mitglied des SS-Reitersturms war.²

Lange, Dr. Heinz (1914-1985)

Nach Abitur, Studium und Promotion übte Lange leitende Funktionen in der Industrie aus, wurde Wehrmachtssoldat und Kriegsteilnehmer. Nach 2jähriger Kriegsgefangenschaft arbeitete er in Essen als Industriekaufmann und wurde Funktionär in Heimatvertriebenen-Verbänden sowie des Kulturwerks Südtirol. Heinz Lange war 1952 bis 1954 Landesvorsitzender der Jung-

demokraten, lange Zeit Funktionär des FDP-Bezirks Ruhrgebiet, von 1954 bis 1975 Mitglied des Landtages. Er galt als Wirtschaftsexperte der Fraktion. Lange gehörte zum Kern des nationalen Flügels der FDP, der 1970 aus Protest gegen die Ostpolitik der SPD/FDP Regierungskoalition aus der FDP austrat und mit anderen Dissidenten die Nationalliberale Aktion gründete. 1970 trat der Landtagsabgeordnete der CDU-Fraktion bei. Über die Deutsche Union wechselte er wenig später zur CDU und wurde dort, wie eine Reihe anderer nationaler FDP-Abgeordnete, Mitglied.³

Lange, seit 1929 Führer der Sudentendeutschen Jugend, trat der SS bei und wurde 1936 Oberscharführer. Direkt nach der Annexion des Sudetenlandes an das Deutsche Reich 1938 trat Lange der NSDAP bei. Er war Angehöriger der SS-Division „Das Reich“, das zahlreiche Verbrechen in der Sowjetunion und Frankreich verübte.⁴

Mikat, Prof. Dr. Paul (1924-2011)

Nach dem Abitur 1942 und dem Kriegsende 1945 studierte Mikat bis 1954 kath. Theologie, Germanistik und Jura. 1954 Promotion zum Dr. jur., bis 1957 Referendar im Oberlandesgerichtsbezirk Köln. Danach Lehrstuhlinhaber in Würzburg und von 1965 bis 1990 in Bochum. Mit-

glied der CDU seit 1946 war Mikat von 1966 bis 1969 Landtagsabgeordneter und von 1969 bis 1987 Bundestagsabgeordneter. 1962 bis 1966 NRW-Kultusminister.⁵ Nach dem Abitur ging Mikat 1942 zur Marine und war bei der Kapitulation 1945 Leutnant. Paul Mikat wurde am 23.4.1943 Mitglied der NSDAP (Mitglied-Nr. 9596776).⁶

Von 24 belasteten CDU Landespolitikern, die Dr. Michael Carlo Klepsch in seiner Studie „Das vergessene braune Erbe“ nennt, hat nur Heinz Lange, seine Mitgliedschaft in der NSDAP oder der SS/SA zugegeben. Der Politikwissenschaftler kommt zu dem Schluss, dass die These von der „Stunde Null“ im Mai 1945 nicht glaubhaft beansprucht werden kann. „Weder kam es zu einem vollständigen Bruch mit den NS-Regime, noch gelang es zu verhindern, dass Nationalsozialisten in der Bundesrepublik wieder in Führungspositionen aufsteigen konnten“.⁷

Günter Gleising

¹ ABB Nr. 3/2011, www.vvn-bda.bochum.de

² www.landtag.nrw.de/Praesidentengalerie/dufhues; Klepsch, Dr. Michael (Autor), Fraktion Die Linke im Landtag NRW (Herausgeber): 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen – Das vergessene braune Erbe, Düsseldorf 2011, S. 14

³ Der Spiegel Nr. 41/1970; www.landtag.nrw.de/Abgeordnete/Ehemalige

⁴ Klepsch, Das vergessene braune Erbe, S. 10 u. 25

⁵ www.landtag.nrw.de/Abgeordnete/Ehemalige

⁶ Die Zeit Nr. 44/1965; Klepsch, Das vergessene braune Erbe, S. 17

⁷ Klepsch, Das vergessene braune Erbe, S. 17

PG mit Parteibuch:

26 Bundesminister, ein Bundeskanzler und zwei Bundespräsidenten

Der „Anteil der früheren Angehörigen der Behörden des NS-Staates und die Anzahl der Mitgliedschaften in der NSDAP oder ihren Unterorganisationen“ war auf der obersten politischen Ebene „hoch“. Zu dieser Feststellung kommt ein Bericht des Bundesinnenministeriums zum „Umgang mit der NS-Vergangenheit“, der zum Jahresanfang bekannt wurde. Neben 26 Bundesministern hatten auch Bundeskanzler Kiesinger (CDU), sowie die Bundespräsidenten Walter Scheel (FDP) und Carl Carstens (CDU) das NSDAP Parteibuch. Ganze Ministerien, Ämter und Behörden waren mit früheren Nazis durchsetzt. Hierzu gehörten die Geheimdienste (Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst) ebenso wie das Auswärtige Amt, indem 34% der Beamten eine NS-Vergangenheit hatten. (Bundestags-Drucksache 17/8134).

Unvergessen:

Klaus Kunold

Er hatte nie einen Sitz im Stadt- oder einem Bezirksparlament besessen – aber dennoch war Klaus Kunold einer der bekanntesten Menschen in Bochum: Über 60 Jahre hat er sich als Kommunist, als Betriebsrat, als langjähriger Vorsitzender der VVN - BdA oder „nur“ als Schrebergärtner oder Nachbar um die Sorgen der Menschen in seiner Nähe gekümmert. Sein Tod im Spätherbst 2011, im Alter von fast 80 Jahren, hat viele Menschen sehr betroffen.

Klaus wurde 1931 in einer kommunistischen Bochumer Arbeiterfamilie geboren. Sein Vater wurde von den Nazis verhaftet und ins KZ Esterwegen ins Emsland verschleppt. Er selbst hat mit sieben Jahren fassungslos vor der brennenden Bochumer Synagoge gestanden. Er hat gesehen, wie die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter zur Arbeit getrieben wurden. Er hat aber auch miterlebt, wie sich nach der Befreiung Bochums durch die Amerikaner die überlebenden Antifaschisten voller Optimismus daran machten, die zerstörte Stadt wieder aufzubauen, den Menschen Arbeit und Hoffnung zu geben. Und während Vater Karl Kunold einer der ersten KPD-Ratsherren in Bochum wurde, trat Sohn Klaus der Freien Deutschen Jugend und der Kommunistischen Partei Deutschlands bei – seine Konsequenz aus dem, was er als Kind und Jugendlicher miterleben musste.

Doch auch im Staate Konrads Adenauers waren Kommunisten unerwünscht. Die FDJ wurde verboten, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, ebenfalls die KPD. Dieselben Richter, die schon unter den Nazis Antifaschisten, Juden, „Zigeuner“ und Homosexuelle in Gefängnisse und KZs geschickt hatten, steckten erneut Kommunisten hinter Gitter. Beweise waren meist nicht gefragt, oft reichte schon „das Haben einer Überzeugung“ oder die Tatsache, dass man vor dem Verbot Mitglied der FDJ oder KPD war, um wegen Staatsgefährdung oder Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt zu werden.

Diese Form der Hexenjagd beendete erst Gustav Heinemann, als er in den späten 1960er Jahren als Bundesju-

stizminister eine gründliche Strafrechtsreform einleitete. Für Klaus Kunold – wie für viele andere – kam das zu spät. Er war bereits 1951 wegen seiner Mitgliedschaft in der FDJ und 1962 wegen „Staatsgefährdung“ verurteilt worden und musste insgesamt zehn Monate absitzen. Für seine Frau Margret waren das schwere Zeiten. Allein mit drei kleinen oder heranwachsenden Kindern musste sie schwer darum kämpfen, die Familie durchzubringen. Ohne die Hilfe ihrer Genossinnen und Genossen hätte sie das nicht geschafft. Und auch die Kunolds selbst – oft „Bochums größte K-Gruppe“ genannt, hielten zusammen. Diese Solidarität war eine starke Waffe – sie half den Verfolgten, stark zu bleiben. Und auch Klaus blieb seiner Überzeugung, das Richtige getan zu haben, treu.

So trat Klaus im September 1968 der neu formierten DKP bei und kandidierte 1970 für den NRW-Landtag. Im Kreisvorstand oder als Mitarbeiter des Parteivorstandes hat er vielfältigen Aufgaben wahrgenommen: Im eisigen Winter 78/79 half er, die Streikposten des Bochumer Vereins mit heißem Tee zu versorgen, und später war er Mitorganisator der berühmten Pressefeste der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“.

1985 wurde er zum Vorsitzenden der VVN - BdA in Bochum gewählt. Er trieb insbesondere zwei Dinge voran: Die Gewinnung junger Menschen für die Aktionen gegen die NPD und andere neonazistische Kräfte – und die Erforschung von Verfolgung und Widerstand in Bochum. Die erste Aufgabe war nötig, weil die Zahl der noch lebenden Verfolgten, die als Zeitzeugen noch Auskunft geben konnten,



immer kleiner wurde. Klaus organisierte die ersten antifaschistischen Stadtrundgänge und hat sie bis zuletzt oft selbst durchgeführt. Er hat vielen Hundert Menschen die Bedeutung von Orten erklärt, an denen sie sonst achtlos vorüber gegangen wären. Und auch die Hinweistafel am Eingang des Hauptfriedhofs, die das Auffinden der Gräber der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter ermöglicht, ging auf eine Aktion der VVN - BdA zurück, die Klaus mit entwickelt hatte.

Die zweite Aufgabe war die Dokumentation jenes Teils der Bochumer Geschichte, um die sich die politisch Verantwortlichen in Rathaus und Stadtarchiv lange Jahre herumgedrückt hatten: Broschüren über den Kapp-Putsch von 1920, über die Verfolgung und Ermordung Bochumer Juden und Zigeuner, über die rund 100 Zwangsarbeiterlager wurden auf Klaus Kunolds Anregung und zum Teil unter seiner Mitarbeit erstellt. Er setzte sich dafür ein, dass vertriebenen Bochumer Juden nach vielen Jahren ein Besuch in ihrer Heimatstadt ermöglicht wurde, und er hat von Anfang an den Bau einer neuen Synagoge unterstützt. Erst die jetzige Oberbürgermeisterin hat diese Leistung gewürdigt, der VVN - BdA dafür gedankt und Klaus vor drei Jahren die Ehrenplakette der Stadt Bochum überreicht.

Das alles geschah unter Bedingungen, die nicht leicht waren. Mit seiner Frau Margret und drei Kindern

Fortsetzung auf S. 5

... und wieder sah der Staat rot

Berufsverbote im Namen von „Freiheit und Demokratie“

Am 28.01.1972 strafte die sog. sozialliberale Koalition alle ihre hehren Versprechungen, „mehr Demokratie wagen“, nachhaltig Lügen. Statt mehr Demokratie fand ein weiterer Demokratieabbau statt. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer verabschiedeten zusammen mit dem Bundeskanzler den als „Radikalenerlass“ oder „Extremistenbeschluss“ in die Geschichte eingegangenen Beschluss, „verfassungsfeindliche Kräfte“ aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten.

Heuchlerisch vergoss Willy Brandt später bittere Tränen, dass der Radikalenerlass eine Generation von Duckmäusern und Angepassten geschaffen hatte.

Die Regelanfrage beim sog. Verfassungsschutz war für alle Bewerber im öffentlichen Dienst nun üblich. Gehörte frau/man einer zwar erlaubten, aber vom Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz als „verfassungsfeindlich“ (eine Wortschöpfung, die das Grundgesetz nicht kennt) eingestuften Organisation an (z.B. VVN, DKP, MSB, SHB, DFG/VK), dann wurde es je nach Bundesland schon unmöglich, Lehrer oder Briefträger oder Straßenbahnfahrer zu werden oder zu bleiben.

Der Verfassungsschutz war 1950 auf dem auch deutschen Höhepunkt der McCarthy-Ära geschaffen worden. Seine Mitarbeiter waren sehr häufig erprobte Agenten des faschistischen SD, der SS, der GeStaPo. Hauptqualifi-


kation für die Einstellung war ein im Faschismus erprobter Antikommunismus. Diese Leute definieren, was Extremismus ist. Sonst kann das niemand, weil nur sie sich im Kampf gegen Kommunisten und andere Demokraten schon bewährt hatten. Ein ehemaliger SA-Mann und NS-Jurist (übrigens von 1938 bis 1941 auch als Staatsanwalt in Bochum tätig) Dr. Hubert Schrüblers wurde 1955 Präsident des Verfassungsschutzes und blieb es bis 1972. Die NPD und andere Neonazis gerieten und geraten nicht in den Blick des Verfassungsschutzes, sind das doch auch immer gute Antikommunisten. Ansonsten hatte der ehemalige NS-Jurist Dr. Hans-Maria Globke längst als „graue Eminenz“ hinter Adenauer (von 1953 bis 1963 Chef des Kanzleramtes und in allen Personalfragen einschlägig tätig) dafür gesorgt, dass die alten NS-Kameraden ihre Karrieren im Staatsapparat und der „freien“ Wirtschaft fortsetzen konnten.

Der Graphiker und Jurist Klaus Staeck fasste die Entwicklung hin zu den Berufsverboten, die allerdings auch schon massenhaft vorher gegen vermutete Linke verteilt wurden, in dem abgebildeten Polit-Poster zusammen:

Bekanntmachung

Betr.: Radikalenerlass

Die Bevölkerung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrerbund einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



Der Landesbeauftragte für das Gefinnungswesen.



In diesem Klima des pathologischen Antikommunismus und Antisozialismus fiel der Radikalen-Erlass auf fruchtbaren Boden.

Georg Fülberth fasst die Gründe für den „Radikalen-Erlass“ so zusammen: „Erstens: Antikommunist war Brandt seit 1948 allemal. Zweitens wollte er durch die Berufsverbote seine Ostpolitik, die ... ihrerseits Teil einer Strategie der kapitalistischen Expansion war, absichern. Die CDU/CSU hatte ihm vorgeworfen, er beziehe durch seinen 'Brückenschlag' nach Osten auch die westdeutschen Kommunisten ein. Dadurch könnten die Verträge von Moskau und Warschau auch innenpolitisch einiges ins Rutschen

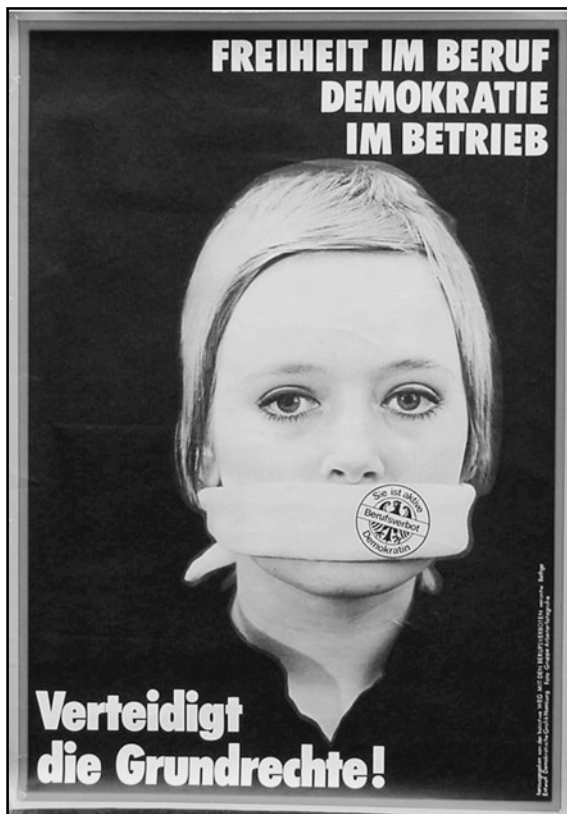
Geschichte

bringen. Diesem Argument wollte Brandt entgegentreten. Drittens hatte er als SPD-Vorsitzender ein Interesse daran, etwaige Abwanderungsbewegungen vom linken Rand seiner Partei zur damals noch jungen ... DKP schon im Ansatz (zu) verhindern." (junge Welt, Das Medium, 18.12.2008).

Millionen von Anwärtern für den Öffentlichen Dienst wurden also durch die Regelanfrage beim Verfassungsschutz einem politischen Gesinnungs-TÜV unterworfen, ca. 11.000 bekommen nach Angaben von Betroffenenorganisationen offizielle Berufsverbotsverfahren. Allein bei den Lehrern gab es zusätzlich ca. 2.200 Disziplinarverfahren, und ca. 200 wurden obwohl schon im Dienst zwangsweise entlassen. Vorwerfen konnte man ihnen allen nicht, sich dienstlich irgendwie „links“ verhalten zu haben, sondern privat von ihren grundgesetzlich scheinbar garantierten Grundrechten Gebrauch gemacht zu haben. Und das war ein bisschen zu viel ... Die Botschaft des „Radikalen-Erlasses“ ist: Bleibt alle schön in der Mitte, dann seid ihr ordentliche Untertanen und dürft auch Lehrer und Postboten werden.

Das ist auch die Botschaft der jüngst mal wieder bekannt gewordenen Bespitzelungen der halben linken Bundestagsfraktion: Angst verbreiten, Einschüchterung ...

Dass die Berufsverbote keineswegs der Vergangenheit angehören, zeigen die letzten Jahre. So führt eine Linie vom Extremismusbeschluss zur aktuellen Extremismusklausel der Ministerin Kristina Schröder. Im Kampf gegen rechts bekommen nur noch die Organisationen Geld, die vorher alle möglichen Glaubensbekenntnisse zur politischen Linie der Regierung abgeben und die das auch bei ihren Part-



Millionen Betroffene – bis heute

Als erstes Bundesland hob das Saarland den Radikalenerlass am 25. Juni 1985 förmlich auf und weitere Bundesländer folgten oder wurden durch länderspezifische Nachfolgeregelungen ersetzt. In den meisten Ländern wird heute eine sogenannte Bedarfsanfrage beim Verfassungsschutz durchgeführt, wenn sich „Zweifel daran ergeben, ob der Bewerber jederzeit für die freiheitliche und demokratische Grundordnung eintreten wird“. Wie oft dies erfolgt ist, ist nicht bekannt. 40 Jahre nach dem Radikalenerlass fordern Betroffene eine vollständige Rehabilitierung und Entschädigung.

nern und Referenten überprüfen. Die VVN - BdA jedenfalls bekommt wegen staatspolitischer Unzuverlässigkeit keinen Cent. Im Gegenteil: Auch die Spendenfähigkeit ist ihr in Rheinland-Pfalz vom Verfassungsschutz aberkannt worden.

Wolfgang Dominik

Siehe Thesen zum Verfassungsschutz auf www.vvn-bda-bochum.de (VVN - BdA Veranstaltung vom 03.02.2012).

Fortsetzung von S. 3

Klaus Kunold

lebte er in einer winzigen Wohnung. Das Schlafzimmer war zugleich sein Büro. Die Kinder besaßen einen winzigen Raum mit Etagenbett. Und alles Weitere spielte sich in der Küche ab. Bescheiden, wie Klaus war, hat er nie darüber geklagt. Und wenn man – auch unangemeldet – zu Besuch kam, lauteten die ersten Sätze: „Setz dich. Willst du einen Kaffee?“

Als Rentner konnte er einerseits intensiv seine Arbeit in der VVN erledigen, andererseits hatte er nun Zeit, seine anderen Interessen auszuleben, das zu tun, was ihn schon immer interessiert und was er schon immer geliebt hatte. Endlich konnte er seinen Lesehunger stillen, Konzerte besuchen und sich intensiv um seinen Schrebergarten kümmern, in dem er zusammen mit Freunden und Bekannten manches schöne Sommerfest feierte. Bei alledem war ihm Jutta Duschka, seine Partnerin der letzten Jahrzehnte, stets eine zuverlässige Helferin.

Klaus verlor nie den Blick für die anderen Menschen. Er konnte auf sie zugehen und respektierte sie, selbst wenn sie in vielen Dingen ganz anderer Meinung waren als er. Er hatte ein wahnsinnig gutes Personengedächtnis. Wenn er jemanden, den er nur auf den Maikundgebungen traf, nach einem Jahr wiedersah, begann manches Gespräch mit Fragen wie: „Was ist mit deinem Rücken? – Haben sie deiner Frau die Kur endlich genehmigt? – Wie geht es deinen Enkeln?“ Dieses ehrliche Interesse hat viele Menschen beeindruckt – und bei der Trauerfeier war die große Halle des Hauptfriedhofes viel zu klein, um all jene aufzunehmen, die ihn auf seinem letzten Weg begleiten wollten.

Auf seinem Grabstein sollte nur sein Name stehen. Aber eigentlich müsste dort ein Satz stehen, den Bertolt Brecht halb ironisch, halb unbescheiden für sich selbst entworfen hatte: „Er hat Vorschläge gemacht – wir haben sie angenommen.“

Reinhard Junge

Ein Jahresrückblick:

Naziterror im Bochumer Osten

Im Frühjahr 2011, ca. 3 Monate vor dem Zeitpunkt, als der ehemalige Jugendbeauftragte der NPD André Z. vom Gericht nach Sachsen-Anhalt geschickt wurde, begannen die neonazistischen Übergriffe in Bochum-Langendreer. In der Nacht zum 12.3. wurde ein Briefkasten in einem Mehrfamilienhaus gesprengt, in dem eine junge Frau wohnt, die von André Z. auf seinem facebook-account als aktive Antifaschistin geoutet wurde.

Am 2. April demonstrierten ca. 100 Neonazis in Dortmund-Lütgendortmund, direkt an der Stadtgrenze zu Bochum-Werne, gegen die Unterbringung von jugendlichen Flüchtlingen im Wohnheim „Grevendicks Feld“. Auch Bochumer Nazis sind dabei.

Nächtliche Umzüge

Kurz danach, am 9.4., überfallen drei Neonazis drei Personen in der Alten Bahnhofstraße. Hierbei wird eine der Personen verletzt. Einer der Nazis ruft: „Zecke verrecke“.

Es vermehren sich in Langendreer nächtliche Umzüge mit Nazi-Grölerien wie „Sieg Heil“ und „Hier marschiert der Nationale Widerstand“. Die Aufforderung einer Anwohnerin, das Gegröle einzustellen, wird mit dem Ruf: „Halt's Maul, du Fotze!“ beantwortet. Ebenso verstärken sich die Nazi-Schmierereien.

Anfang Juni wurde ans Amtshaus in Langendreer der Schriftzug „White Power“ sowie ein Hakenkreuz und auf einen Lieferwagen und öffentliche Flächen am Karl-von-Ossietzky-Platz SS-Runen gesprüht.

Am 6.6.2011 demonstrierten am Hauptbahnhof ca. 40 Nazis gegen angebliche Übergriffe auf ihre „Kameraden“ durch Migranten in Bochum-Langendreer. Hierbei zeigte sich, dass die Nazis in Bochum scheinbar neue Bündnisse schließen, so dass neben parteieigenen Akteuren nun auch die Anwesenheit „von Freien Kräften“ aus Dortmund, Unna und Hamm beobachtet wird.

Immer offener ziehen die Nazis weiterhin durch Langendreer. Alles scheint von einer Wohngemeinschaft in der Alten Bahnhofstraße auszugehen.

Unter www.vvn-bda-bochum.de kann das gesamte Referat von Michael Niggemann, das er auf der VVN - BdA Veranstaltung vom 03.02.2012 über Neo-Nazis in Bochum gehalten hat, nachgelesen werden.

Schmierereien und Beleidigungen

Ab Juli kommt es immer öfter zu Schmierereien, Beklebungen sowie Beschimpfungen und Belästigungen von Menschen, wobei es ausreicht, nicht so auszusehen, wie Nazis sich den typischen Deutschen vorstellen. ... und immer wieder wird in diesen Zusammenhängen der Name von Daniel E. genannt.

gendreer. Mit Rufen wie: „Deutsche essen nur bei Deutschen“ werden die Besucher eines neu eröffneten griechischen Restaurants am 20.8. bedacht.

Am 24.9. kommt es dann noch heftiger: Nachdem eine Gruppe von Nazis in Langendreer gegen die Fenster eines engagierten Anwohners spuckten und bengalische Feuer verbrannten, greifen Nazis am S-Bahn-



NPD-Hetze vor dem Gebäude des früheren Amtsgerichts in Langendreer

Er wird beobachtet, wie er – mit Handschuhen, Hammer und nacktem Oberkörper – gegen ein Fahrzeug mit MigrantInnen tritt und diese auffordert, auszusteigen. Daniel E. wird begleitet durch einen Mann mit Baseballschläger. Mit dem Ruf: „Soll die Schlampe doch die Bullen holen. Die fick ich auch noch“ wurde auch noch eine Nachbarin bedroht.

Es geht weiter mit jeder Menge von selbstgemalten Schnipseln mit NS-Parolen, dem Schmelzen von Eiern und Info-Ständen der Nazis in Lan-

hof-Langendreer drei Menschen an. Einem von ihnen brechen sie das Nasenbein, die beiden anderen werden kurz vor Ankunft der S-Bahn auf die Schienen geschubst. (Zwischenzeitlich wurde wohl ein Täter aus dem rechten Spektrum in Essen von der Polizei identifiziert.)

... und immer wieder ist Daniel E. mit dabei. Unweit seiner Wohnung forderten zwei Neonazis von einem kurdischen Kioskbesitzer unter Präsentation einer Pistole die kostenlose Herausgabe von alkoholischen Getränken.

Neofaschismus

Anfang Oktober wird die Fenster-scheibe des Bochumer Büros der Linken an der Unistraße Ziel eines neofaschistischen Anschlages. Eine Scheibe wurde zerstört, eine andere mit einem Nazi-Aufkleber beklebt. Im November pöbelt Daniel E. drei Mädchen an, verfolgt und bedroht sie. Die anschließende Auseinandersetzung zwischen den Familien der Mädchen und den Nazis (E.'s Schwager ist mit dabei) zieht einen ziemlichen Polizeiaufmarsch nach sich. Diese beurteilt dann das Geschehen als „reiner Nachbarschaftsstreit, der nichts mit Rechts-Links-Anfeindungen zu tun habe“. Nichts wird davon gesagt, dass es sich um Mädchen mit Migrationshintergrund handelt, also einen weiteren Nazi-Angriff auf Migrantinnen.

Milde Richter

Wegen unterschiedlicher Verbrechen mit neonazistischen Hintergründen stehen im November Daniel E. und Martin P. vor Gericht und werden zu Gefängnisstrafen auf Bewährung verurteilt. Ein Paradebeispiel, wie Behörden mit rechter Gewalt umgehen, konnte man bei dieser Verhandlung sehen. Eine Hinterfragung des neonazistischen Hintergrundes für die Taten gab es nicht. Ein Angeklagter zeigte sich längere Zeit mit einem Sweatshirt mit den Aufdrucken „Stark und treu“, „Lieber stehend sterben als kniend leben“ und „Nationaler Widerstand“ bevor er dazu aufgefordert wurde, diese Schriftzüge zu bedecken. Da die Staatsanwaltschaft gegen die Urteile Berufung eingelegt hat, bleibt abzuwarten, ob es in der nächsten Verhandlung zu einer realistischeren Beurteilung kommt.

Am 5. Januar gab es wieder einen rechten tätlichen Übergriff auf einen Mann in Langendreer.

Da Daniel E. anscheinend aus seiner Wohnung in der Alten Bahnhofstraße ausgezogen ist, wurde u.a. vermutet, dass er evtl. wegen Vorstrafen schon im Gefängnis sitzt. Dem ist aber nicht so. Bei einer Kundgebung von Nazis „Gegen die Verharmlosung von Kindesmissbrauch – Höchststrafe für Sexualstraftäter!“ war er – neben NPDlern aus Bochum und Essen – auch anwesend.

Michael Niggemann

Antisemitismus

30. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW:

Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!

200 Aktive aus deutlich mehr Verbänden als in den Vorjahren trafen sich am 27. Januar zur 30. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen in Dortmund. Der Wunsch nach mehr Kooperation stand dabei im Vordergrund. „Was kann es für Gründe geben, nicht miteinander zu reden, die schwerwiegender sind als die Opfer der NSU“, so die Erkenntnis eines Teilnehmers.

„Wenn der Verfassungsschutz von den Neonazi-Morden wirklich nichts gehört und gesehen habe, dann sei er überflüssig. Und wenn er nichts hören und sehen wollte?“ Dann müsse man nicht nur seine V-Leute abschalten, sondern den ganzen Verfassungsschutz auflösen, forderte Ulrich Schneider,

Generalsekretär der Föderation des Internationalen Widerstandes, der Hauptredner der Veranstaltung. Die neue Kampagne „NoNPD“ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen (VVN - BdA) könne dazu dienen, die gesellschaftliche Stimmung sichtbar zu machen, so Schneider weiter. Er forderte zu direktem Widerstand gegen die bevorstehenden Naziaufmärsche auf. Sich international vernetzen und damit den gemeinsamen antifaschistischen Widerstand in Europa weiter entwickeln, darauf verwies Schneider zum Schluss.

Die Konferenz, initiiert von der VVN - BdA, ist so gut besucht wie lange nicht. Die Stadt Dortmund schickt ihren Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie Hartmut Anders-Hoepgen. Jutta Reiter, Regionalvorsitzende des DGB, un-

terstrich in ihrem Grußwort den Willen zur Kooperation.

In mehreren Workshops setzten die Veranstalter weitere Akzente. Unter dem Motto „Kein Werben fürs Sterben“ diskutierte VVN - BdA Bundes-sprecher Ulli Sander mit der Landeschülerversammlung, wie „Bundeswehreinsätze an Schulen und Hochschulen“ gestoppt werden könnten. Den Alltagsrassismus am Beispiel der Roma in NRW thematisierte Iris Biesewinkel vom Kölner ROM e.V.

Den Umgang mit der Gewalt der Faschisten beschäftigte die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke), gemeinsam mit einem Vertreter der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Dortmund. „Das einzige, was hilft, ist Öffentlichkeit“, sagte Jelpke. „Die schrecklichen Taten der NSU haben die Szene nicht resignieren lassen“.

Falk Mikosch



Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44866 Bochum. **Druck:** Copypoint. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000. Konto Nr. 463 097 46, Sparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01. Internet: www.vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Aktuell**8. Mai Eröffnung des Gedenkortes:
„Zwangsarbeiterlager Saure
Wiese 1942-1945“ und
Installation „Laute Stille“**

Der Gedenkort wurde nach jahrelangen Vorbereitungen nun fertig gestellt und soll an das Schicksal von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erinnern, die in Bochumer und Wattenscheider Betrieben, vor allem dem Bochumer Verein, unter unwürdigen Bedingungen und brutaler Unterdrückung arbeiten mussten. Er soll zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Naziregime anregen.



„Saure Wiesen“

In Kooperation mit dem Künstler Marcus Kiel und der VVN - Bund der AntifaschistInnen Bochum. Unterstützt von der Gesellschaft Bochum-Donetsk, der Kortum- Gesellschaft e.V. und der Stiftung der Sparkasse Bochum für Kunst und Kultur.

8. Mai 2012, 16.00 Uhr

Ort: Ahabachstraße/Ecke Bunsenstr., 44793 Bochum, Haupteingang (links Zugang zum Gedenkort)

Neonazismus

Studie belegt:

**Antisemitismus in der
Gesellschaft tief
verankert**

Judenfeindliche Einstellungen sind nach Einschätzung von Wissenschaftlern in „erheblichem Umfang“ in der deutschen Gesellschaft verankert. Das geht aus dem Antisemitismus-Bericht hervor, den ein unabhängiger Expertenkreis auf Einladung von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse in Berlin vorgestellt hat.

In dem jetzt vorgestellten Bericht heißt es, der Antisemitismus sei „bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet“. Eine Gewöhnung an alltägliche judenfeindliche Tiraden und Praktiken habe stattgefunden. Diese basierten auf weit verbreiteten Vorurteilen, tief verwurzelten Klischees und auch auf schlichtem Unwissen über Juden und das Judentum. Beispielsweise seien rassistische, rechtsextreme und antisemitische Parolen auch weiterhin auf deutschen Fußballplätzen an der Tagesordnung.

Der bedeutendste politische Akteur beim Antisemitismus sei nach wie vor das rechtsextremistische Lager. 90% aller entsprechenden Straftaten werden aus diesem Spektrum begangen. Gleichzeitig ist der Antisemitismus ein bedeutendes ideologisches Bindeglied für die Identität des keineswegs homogenen Rechts extremismus, stellt der Bericht fest.

(-sing)

Literaturhinweis

Neue Broschüre:

Langendreer und Werne unterm Hakenkreuz

Vor dem Hintergrund der verstärkten neonazistischen Aktivitäten gibt die VVN – Bund der AntifaschistInnen ein neues Heft in der „Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums – Heft 11“ heraus. Die Schrift beleuchtet die Zeit von 1933-1945.

Am Beispiel des Bochumer Ostens wird Naziterror, Widerstand und Krieg dargestellt. Orte, Täter, Opfer und Widerstandskämpfer benannt und zahlreiche Fotos und Dokumente wiedergegeben.

Der Preis soll bei 7 Euro liegen. Erscheinungstermin Ende März.

ISBN: 9-783-931999-18-6

Infos und Vorbestellungen:

info@vvn-bda-bochum.de oder
bestellung@ruhrecho.de

Stadtrundgänge der VHS

Sonntag, 25. März, 14⁰⁰-16¹⁵ Uhr:

Bochum in der NS-Zeit

Bei diesem Rundgang durch die Bochumer Innenstadt soll ein Einblick gegeben werden, was Alltag unterm „Hakenkreuz“ für die Menschen, die hier lebten, bedeutete.

12008 Rundgang, 20 Tn., 5,- EUR

Wolfgang Dominik

Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke

Sonntag, 22. April, 14⁰⁰-16¹⁵ Uhr:

**Auf den Spuren Otilie
Schoenewalds**

In Kooperation mit dem Otilie-Schoenewald-Weiterbildungskolleg

Um dem Interesse, etwas mehr über Otilie Schoenewald und ihr Leben vor allem in der Weimarer Republik und im deutschen Faschismus zu erfahren, entgegenzukommen, bieten wir einen Stadtrundgang auf den Spuren dieser bemerkenswerten Frau in Bochum an.

12007 Rundgang, 20 Tn., 5,- EUR

Wolfgang Dominik,

Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke

Sonntag, 03. Juni, 14⁰⁰-16¹⁵ Uhr:

**Kriegswirtschaft und
Zwangsarbeit in Bochum**

Bei einem Rundgang durch den heutigen Westpark und den Stadtteil Stahlhausen soll am Beispiel des Bochumer Vereins – einem NS-Musterbetrieb und einer der größten Rüstungsschmieden im Deutschen Reich – ein Eindruck von Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit in Bochum vermittelt werden.

12009 Rundgang, 20 Tn., 5,- EUR

Wolfgang Dominik

Treff: Gewerkschaftshaus, Alleestr. 80

Termin und Treff nach Absprache:

**Mit der Schulklasse auf den
Spuren der NS-Geschichte**

Auf den Spuren von historischen Orten, Plätzen, Straßen und Gebäuden zu sein, die im Alltag nicht verraten, welche Geschichten und Erlebnisse sie verbergen, stellt eine Herausforderung auf dieser Entdeckungsreise durch die Stadt dar.

01650 Rundgang, 20 Tn., 2,10 EUR

Wolfgang Dominik

Für alle Stadtrundgänge gilt:

Bitte bei der VHS anmelden.

Tel.: 910 - 1555